

N O T I Z E N

aus der 67. Sitzung des Bundesrates vom 1. Oktober 1965

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Tschudi
<u>Abwesend:</u>	niemand
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber
<u>Protokolle:</u>	keine
<u>Beginn:</u>	9 Uhr
<u>Schluss:</u>	11 Uhr

Schriftliche AnträgePolitisches DepartementAmtssitz der UNCTAD

Herr Wahlen hat den Eindruck, dass Herr Fanfani beginne, ein schlechtes Gewissen zu haben. Er habe nämlich jetzt auf einmal erklärt, dass die italienische Anmeldung nur gelte, wenn die Schweiz ihre Kandidatur nicht aufrechterhalte. Herr Wahlen habe ihn auf den Widerspruch zur Tatsache hingewiesen, dass die Schweiz ihre Kandidatur ja gar nicht selber aufgestellt habe, sondern dass die Sitznahme in der Schweiz auf einem Versammlungsbeschluss beruhe, der ohne unser Zutun gefasst worden sei. Nach einer Besprechung mit Dr. Thalmann werde Italien jetzt seine Kandidatur zurückziehen. Es sei aber kaum denkbar, dass die Sitzfrage jetzt erledigt werden könne angesichts der übrigen Kandidaturen (total 8). ** Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Administration überspielt Fanfani.*
 Der Herr Bundespräsident erwähnt die im Bericht enthaltene Frage der Telephon- und Telegraphenverbindung.

Herr Spühler teilt mit, dass er Generaldirektor Wettstein beauftragt habe, alles zu unternehmen, damit diese Verbindungsschwierigkeiten behoben werden. Allerdings werde man nicht alles machen können, obwohl Herr Wettstein die Weisung habe, dass die finanzielle Seite keine Rolle spielen solle. Der Sprechende hofft bald, beruhigende Erklärungen abgeben zu können. Er möchte wissen, bis wann das EPD die technischen Unterlagen haben müsse?

Herr Wahlen antwortet, dass es erwünscht wäre, wenn man am 28. Oktober etwas Bestimmtes darüber sagen könnte.

Herr Spühler erwidert, dass er als letzten Termin Frist gegeben habe bis 12. Oktober.

Agrément für den Minister des Fürstentums Monaco

Dieses nicht auf der Traktandenliste stehende Geschäft wird antragsgemäss erledigt.

Departement des Innern

Vollzugsverordnung zum BG betreffend die Forstpolizei

Herr von Moos erklärt, dass das JPD mit der neuen Lösung des EDI einverstanden sei.

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde Gemeinderat von Waldstatt und Viehzuchtgenossenschaft und landw. Genossenschaft Waldstatt betr. Einreihung in das Berggebiet

Auf Antrag von Herrn Wahlen wird die Spruchgebühr von 90 auf 50 Franken herabgesetzt im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Beschwerdeführer.

Militärdepartement

Unveränderter Nachdruck des Soldatenbuches (40'000 Exemplare)

Herr Spühler interessiert sich, ob man Anhaltspunkte habe, dass die Wehrmänner dieses Buch auch wirklich aufbewahren.

Herr Chaudet antwortet, dass man das Buch in den Rekrutenschulen abgebe und dass man nach dem Interesse, das es erwecke, schliessen dürfe, dass die Wehrmänner es gerne behalten.

Volkswirtschaftsdepartement

Kommission für Konsumentenfragen, Bestellung

Herr Spühler findet es richtig, dass man das Schwergewicht auf die Vertretung der Konsumenten legen wollte. Deshalb hätte es ihm geschienen, dass das richtige Vertretungsverhältnis 6 Vertreter für jede Gruppe umfasst hätte. Mit 7 Vertretern erscheine die Gruppe Wirtschaft überdotiert. Darin sei die Migros vertreten, nicht aber der VSK.

Herr Schaffner ist der Ansicht, dass die Kommission mit grosser Sorgfalt zusammengesetzt worden sei. Bis eine Kommission bestellt sei, verlange jede Organisation einen Sitz, wenn man sie einberufe, komme niemand. Er wüsste kaum, wie er dieses ausgeklügelte Gleichgewicht wieder herstellen könnte, wenn er die Zusammensetzung ändern müsste. Mit dem Vorschlag des ausgezeichneten Präsidenten, Professor Angehrn, habe er keinerlei Echo gehabt. Wenn der Bundesrat die Auffassung von Herrn Spühler teilen sollte, nehme er den Antrag nochmals zurück. Er möchte aber feststellen, dass die einzelnen Gruppen sich in kleinlichen Streitigkeiten gefallen, sodass es nicht mehr viel brauche, bis er die ganze Kommission aufhebe. Es sei ein sehr unangenehmes Geschäft.

Herr Spühler erklärt, dass er nichts **gegen** das Geschäft als solches sagen wolle. Es fehle für die Konsumentenpolitik in der Schweiz die Institution. Der Konsument sei ein etwas, das so nebenher laufe. Er versuche sich hauptsächlich durch Schimpfen Geltung zu verschaffen. Der Versuch, eine solche Kommission zu bilden, sei deshalb nicht abwegig. Es sei ein Versuch, ein Konsumentenbewusstsein zu schaffen, und der Konsumentenpolitik einen Impuls zu geben. Wenn man die Sache noch prüfen wolle, sei er sehr einverstanden.

Herr Schaffner stellt fest, dass man ein Jahr lang verhandelt habe, ~~Die Aktionsgemeinschaft der Arbeiter und Konsumenten und der Konsumentenbund seien sehr schwach. Er glaube daher, dass er das Geschäft am besten ad acta lege und in den Räten auf die Unmöglichkeit der Aktivierung der Konsumentenpolitik hinzuweisen.~~ ** Wenn man sich nicht einigen könne, sei es das Beste, das Geschäft ad acta zu legen.*

Herr Wahlen würde es bedauern, wenn man das Geschäft fallen lassen würde. Die Bildung dieser Kommission könnte vielleicht den Vorteil haben, dass sich die Konsumenten auch für die Preise anderer Artikel interessieren und sich nicht nur über den Milchpreis ereifern.

Herr Bonvin: Das Interesse der Konsumenten an der Tiefhaltung der Preise wäre durch eine richtige Information schon teilweise gewahrt.

Herr Spühler präzisiert, dass seine einzige Ueberlegung die sei, die Migros und der VSK gleich zu behandeln.

Herr Schaffner antwortet, dass der VSK Mitglied der Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten sei und dort eine Vertretung habe. Die Angelegenheit sei offensichtlich noch nicht reif. Man werde das vielleicht ein Jahr ^{lang} verdauern müssen, oder die Sache fallen lassen müssen.

** und dass Dr. Kohler für den VSK an der Kommission teilnehme.*
Beschluss: Das Geschäft wird auf Wunsch von Herrn Schaffner zurückgestellt, der sich vorbehält, das Geschäft fallen zu lassen.

Aenderung des BRB über die Erhebung von Preiszuschlägen auf Futtermitteln

Das FZD beantragt in seinem Mitbericht, auf die Herabsetzung des Preiszuschlages auf Gerste und den entsprechenden Unterpositionen zu verzichten.

Herr Schaffner bemerkt dazu, dass es keine unglücklichere Finanzierungsquelle gebe als die Preiszuschläge. Mit der Verteuerung der Futtermittel treibe man auch den Schweinepreis in die Höhe. Das FZD werde dann an Teuerungszulagen mehr zu bezahlen haben, als es hier weniger einnimmt. Die Herabsetzung der Zuschläge bedeute nicht, dass man ^{den} Anbau reduziere. Der Sprechende wäre froh, wenn der Rat im Hinblick auf die ausserordentlich schwierigen Herstdiskussionen mit der Landwirtschaft dem Antrage zustimmen würde. Man werde das Fleisch verteuern müssen, wenn man nicht bei der Gerste eine gewisse Konzession machen könne.

Herr Bonvin antwortet, dass Herr Schaffner theoretisch mit der Berechnung recht habe. Man müsse aber aus der Fiktion herauskommen und die Wirklichkeit betrachten. Der Zwischenhandel erhöhe Zulasten des finanziellen Opfers des Bundes seine Margen. Die Bauern aber spüren von der Herabsetzung kaum etwas. Die Hilfe komme also effektiv nicht den Bauern zugute, sondern dem Zwischenhandel. Der Preis für die eingeführte Gerste werde von den Franzosen gemacht. Wenn wir die Preise senken, hindere nichts die Franzosen daran, sie zu erhöhen. So profitieren vom Resultat der ganzen Aktion nur die andern - nicht aber der, den man habe helfen wollen.

Herr Wahlen erklärt, dass er keinen Einblick in die Margenverhältnisse habe. Er glaube aber, dass die Genossenschaften dafür sorgen werden, dass die Preisermässigung den Landwirten zugute kommen. Mit den Preiszuschlägen verteuere man auf alle Fälle die Produktionskosten. Im Hinblick auf die bevorstehenden Preisdiskussionen mit der Landwirtschaft scheine ihm der Vorschlag Schaffner angezeigt. Ein Ansteigen der Schweinepreise sollte vermieden werden.

Herr Schaffner hat durch das St. Galler Institut Studien machen lassen. Er komme mit dem Vorschlag, den Anbau nicht einzuschränken, aber die Futtermittel nicht zu belasten.

Herr Bonvin stellt fest, dass wir dieses Jahr eine viel grössere Konkurrenz auf dem Futtermittelmarkt haben werden. Man werde Mühe haben, das ausgewachsene Getreide zu verkaufen.

Herr Schaffner: Die Margenverhältnisse können nur durch die Konkurrenz im Sinne einer Senkung verbessert werden. Wenn die Franzosen die Preise erhöhen, so tun sie das nicht wegen uns, sondern im Hinblick auf die Weltmarktpreise. Wenn man publiziere, dass man mit den Preiszuschlägen hinunter gehe, werden sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften schon wehren. Was das FZD fürchte, sei eher, dass sich die Einstandspreise für das Auswuchsgetreide nicht halten lassen. Das Schweinefleisch ist indexmässig kolossal gewichtig.

Beschluss: Mit grossem Mehr (5 Stimmen) wird der Antrag des EVD angenommen.

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Kleine Anfrage Müller Luzern vom 9. Oktober 1965

Herr Wahlen zweifelt daran, dass der Fragesteller befriedigt sein werde. Seine Frage wegen der Zahlen werde nicht beantwortet.

Herr Spühler bemerkt, dass man natürlich nicht wisse, wie viel von den verkauften Blöcken für postalische Zwecke verwendet werden. Wenn wirklich alle Gedenkblöcke nicht benützt werden, dann dürften die angegebenen Zahlen richtig sein.

Herr Wahlen findet, dass man hierüber einen Satz aufnehmen sollte.

Herr Spühler erwidert, man wisse nicht, welcher Anteil auf die Benützung der Postdienste falle. Die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, dass 90 % dieser Marken ^{blocks} nicht für postalische Zwecke verwendet werden.

Herr Wahlen stellt fest, dass die PTT ein Unternehmen sind, das nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu wirtschaften hat.

Herr Spühler bemerkt, dass in der Antwort darauf hingewiesen wird, dass man durch eine zurückhaltendere Praxis in der Ausgabe von Markenblöcken den Verteilungsschlüssel zugunsten der karitativen Organisationen zu ändern suche. Der Sprechende möchte in der Antwort nicht allzusehr vom kommerziellen Zweck sprechen. Er will prüfen, ob man einen Satz hineinnehmen kann wegen der Verwendung von Markenblöcken für nicht postalische Zwecke.

Herr von Moos findet, wenn Herr Spühler bereit sei, die Antwort nochmals anzuschauen, dann sollte er auch prüfen, ob ^{Zustimmung der} wirklich in der Antwort das Schwergewicht auf die Philatelie gelegt werden soll. In der Frage seien als Partner nur die PTT und die gemeinnützigen Institutionen erwähnt. Die Erklärung von Herrn Spühler, dass man mehr Zurückhaltung üben werde bei der Ausgabe von Markenblöcken, habe ihn beruhigt. Die Frage, ob man so viel über die Philatelie berichten wolle, bleibe etwas offen.

Herr Schaffner möchte nicht Verbesserungen versprechen, wenn sie weltfremd sind. Es bestehe die Gefahr, dass die Philatelisten einfach auf andere Länder ausweichen. Die PTT habe derartige Lasten, für die sie keine Entschädigung erhält, weshalb man es ihr nicht verargen darf, wenn sie auf einem Sektor gewisse Einnahmen macht.

Die PTT werden daraus ihre Konsequenzen in der künftigen Ausgabenpraxis ziehen müssen. Zahlen sollten keine angegeben werden. Hier handelt es sich um die Abmachungen mit den karitativen Organisationen.

Herr Bonvin bemerkt zur Idee, dass die PTT den Schlüssel ändern solle und dass sie nur die reinen Kosten abziehen dürfe, dass auch ihre übrigen Leistungen zählen.

Herr Spühler ist sehr froh über diese Bemerkungen. Die PTT ist nicht angegriffen worden von den karitativen Organisationen und auch nicht von den Philatelisten. Die Letztgenannten kaufen diese Blöcke nicht aus Gründen der Wohltätigkeit, sondern zu philatelistischen Zwecken. Deshalb müsse man in der Antwort auch auf diese Frage eintreten. Vielleicht werde man künftig eine Lösung finden mit einem Verteilungsschlüssel, der die karitativen Organisationen etwas mehr berücksichtigt.

Herr Spühler will die Antwort nochmals überprüfen im Sinne der Diskussion, aber nicht in der Meinung, die PTT in finanzieller Hinsicht zu schwächen.

U m f r a g e

Hr. C h a u d e t

650-Jahre Schlacht bei Morgarten

Wie Herr Chaudet mitteilt, wurde vereinbart, dass am Morgartenschiessen vom 15. November Herr Korpskdt. Frick ihn ersetzen und dort sprechen werde. Es stelle sich nun die Frage, ob die Delegation des Bundesrates den ganzen Montag dort bleiben werde oder nicht?

Der Herr Bundespräsident ist der Meinung, dass man nach dem Gedenktakt weggehen sollte. Am Sonntag werde man am Festspiel teilnehmen müssen.

Herr Chaudet ist einverstanden und wird den Organisatoren mitteilen, dass er an der Teilnahme am Morgartenschiessen verhindert sei.

Präsidentialvorbringen

100-Jahre Union internationale de la télécommunication

Der Herr Bundespräsident beauftragt die BK, die abgeordneten Bundesräte für das Essen zu entschuldigen. Er und Herr Spühler werden an der Manifestation am Vormittag teilnehmen, um sich dann in den Lohn zu begeben.

U m f r a g e

Beantwortung der Interpellation Hubacher

Herr Wahlen: Das Geschäft sollte am Montag behandelt werden, weil die Interpellation am Donnerstag im Nationalrat behandelt werden soll.

Untersuchung der Katastrophe von Mattmark

Herr Wahlen nimmt Bezug auf die heftigen Angriffe der Kommunisten in Italien. Man habe ihm von Rom aus telegraphiert, wie es mit der Untersuchung stehe. Er habe geantwortet, dass nur eine technische Untersuchung durchgeführt werde, die dann die Grundlage für das Urteil bilde. Herr Storchi habe gewünscht, dass ein italienischer Experte zugezogen werde. Der Sprechende habe erfahren, dass ausser Schweizern auch ein Oesterreicher vorgesehen sei. Aus Visp sei lediglich gemeldet worden, dass das Instruktionsgericht eine Expertengruppe bestellt habe. Ueber die Zusammensetzung wissen wir nichts Bestimmtes. Sollte nicht Herr Bonvin noch heute mit der Walliser-Regierung Verbindung aufnehmen, damit diese ihren Einfluss geltend macht, damit der aussenpolitische Aspekt der Frage nicht vernachlässigt werde?

Herr Chaudet sieht in der Aufnahme eines Ausländers gewisse Schwierigkeiten. Wenn der Experte einem politischen Druck ausgesetzt ist, ergebe sich die Gefahr der Inobjektivität. Sollten wir uns deshalb nicht streng an die Verfahrensvorschriften halten?

Herr Wahlen erwidert, sein Bedenken richte sich vor allem dagegen, dass man als Ausländer ein Oesterreicher wähle. Auch wenn es sich um einen Oesterreicher handle, der an der Hochschule in München arbeite, so müsse auf die italienischen Empfindlichkeiten Rücksicht genommen werden.

Herr Bonvin erklärt, dass man den Gerichtspräsidenten, auf die Gefahr, die mit der Bestellung ausländischer Experten verbunden ist, aufmerksam gemacht habe. Wenn man einen Ausländer zuziehe, müsse dieser auch von den Schweizerexperten anerkannt werden. Der Sprechende will sich noch näher im Wallis erkundigen.

Hr. Spühler

Revision der PTT-Taxen

Herr Spühler erinnert daran, dass eine Revision der PTT-Taxen vorzunehmen sei. ~~Die konsultative Konferenz habe stattgefunden.~~ Es werde eine Vorlage der PTT-Betriebe kommen. Es handle sich darum, auf der ganzen Linie zu versuchen, die Posttaxen der PTT zu erhöhen. Nach der heutigen Regelung müsse man mit einer Vorlage vor die Räte gelangen. Jede, auch die kleinste Taxe sei im Postverkehrsgesetz enthalten, so dass immer wieder die Gefahr des Referendums gegenüber Aenderungen bestehe. Herr Spühler möchte durch ein Gesetz die Regelung der Haupttaxen den eidg. Räten weiterhin überlassen. Die kleinen Taxen soll der Bundesrat festlegen. *v werde vorerst das Problem zu behandeln haben.*

Der Sprechende ist der Meinung, dass man mit Mehreinnahmen von 90 Mio Franken rechnen sollte. Es sei nicht denkbar, die PTT weiter aus Steuermitteln zu unterstützen.

Herr Schaffner stellt fest, dass die psychologische Strategie sehr wichtig sei. Man sollte schauen, das vor allem das Personal Verständnis hat und Entgegenkommen zeigt in der Frage der Arbeitszeit. Wenn man neben dem Leistungsabbau noch das Problem der Fremdarbeiter habe und dazu noch die Taxerhöhung komme, sei das eine höchst unsympathische Situation. Man sollte einmal eine Delegation des Bundesrates bestimmen, die mit den Leuten redet, um eine Dringlichkeitsordnung aufzustellen. Dies sollte sobald als möglich geschehen, damit sie uns in der Frage der Arbeitszeit noch etwas entgegenkommen. Der Sprechende ist in grosser Sorge.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man die Delegation bestimmt habe.

Herr Spühler erwähnt, dass auch noch die Rechtsfrage wegen der *Kompetenz* ~~Taxerhöhung~~ aufgeworfen worden sei. Wegen der Arbeitszeit müsse man sich über die Termine *der Arbeitszeitverkürzung* verständigen und versuchen, diese so weit wie möglich hinauszuschieben.

L des Inkrafttretens

Herr Bonvin bemerkt, dass es klar sei, dass ein Unternehmen, wie die PTT, selbsttragend werden müsse. Dazu komme der Kampf gegen die Teuerung und die Personalforderungen. Man habe die Arbeitszeitfrage immer wieder hinausgeschoben. Wir studieren diese Frage. Das Ideal wäre, wenn man die Regelung der Arbeitszeit in Kraft treten lassen könnte im Zeitpunkt, da man die Teuerungsbeschlüsse aufhebt. Es gebe bereits Sektoren in der Verwaltung mit kürzerer Arbeitszeit. Der Sprechende habe sich deshalb gefragt, ob die Arbeitszeitverkürzung nicht sektorweise durchgeführt werden könnte, wobei der Ausfall durch Rationalisierung auszugleichen wäre. Das wird sehr schwer sein.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Rat von den Ausführungen Kenntnis nehme, dass die Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage anhand zu nehmen sei, und dass ~~das~~ ^{der Bundesrat} ~~ein~~ ^{ein} Bericht der Justizabteilung über die Kompetenzfrage erwarte.

Hr. von Moos

Pressekonferenz über Verwaltungsverfahren und Verfassungsgerichtsbarkeit

Nachdem diese Konferenz auf 10 Uhr festgesetzt ist, ergeben sich Schwierigkeiten mit der Bundesratssitzung. Herr von Moos hätte den Wunsch, dass der Rat sich nochmals über die Verwaltungskontrolle unterhalte. Die Anträge der Fraktionen laufen langsam ein. Man müsse sich Rechenschaft darüber geben, wie sich der Bundesrat gegenüber diesem "Gestrüpp" einstellen soll. Was das vorparlamentarische Verfahren betreffe, möchte der Sprechende extreme Fälle aus allen Departementen sammeln.

Wenn die Zeit reicht, möchte Herr von Moos dem Bundesrat am Montag gerne einen Text für seine Ausführungen vor dem Nationalrat vorlegen. Nach dem provisorischen Zeitplan werde der Vertreter des Bundesrates erst am Donnerstag an die Reihe kommen.

Beschluss: Beginn der Montagsitzung 8 Uhr 30;

1. Traktandum: Ausbau der Verwaltungskontrolle.

Aktion Volkstag für selbständiges Baselbiet

Herr von Moos ist der Auffassung, dass man hier nichts weiter unternehmen sollte. Man könne bestenfalls dem JPD einen vorläufigen Ueberprüfungsauftrag erteilen.

Der Herr Bundespräsident hält ebenfalls dafür, dass man jetzt nicht antworten könne. Es genüge an der Empfangsbestätigung durch die BK. Würde man jetzt dahinter gehen, dann würde die Jurafrage hochgespielt.

Einladung zur Einweihung des Radio- und Fernsehentrums im Bundeshaus

Herr von Moos möchte wissen, ob erwartet werde, dass der Bundesrat an dieser Einweihung teilnimmt.

Der Herr Bundespräsident antwortet, er werde als der Departementschef, dem die Baudirektion unterstehe, das Zentrum der SRG übergeben, in Anwesenheit der Presseleute und der beiden Ratspräsidenten. Damit soll gezeigt werden, dass das Studio dem Parlament dient. Es sei nicht nötig, dass eine grössere Zahl von Bundesräten dabei sei. Der Bundesrat könne einmal im Anschluss an eine Sitzung hinaufgehen.

Urlaub nach der Session

Herr von Moos möchte anschliessend an die Session bis 21. Oktober Urlaub nehmen.

Der Rat ist einverstanden.

Hr. B o n v i n

Haushaltgesetz und Finanzkontrollgesetz

Herr Bonvin teilt mit, dass die Vorentwürfe weit vorgeschritten sind; die Finanzkommissionen wollen beide Gesetzesentwürfe besprechen in Freiburg am 26. Oktober.

Der Rat nimmt Vormerkung.

Christlich nationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz; Kongress vom 9./10. Oktober

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Bonvin an dieser Veranstaltung teilnimmt und das Wort ergreift.

Eintritt des Kantons Wallis in die Eidgenossenschaft

Herr Bonvin teilt mit, dass in gewissen ^{intellektuellen} Milieux im Oberwallis die Meinung vertreten werde, man sollte eine Trauerfeier abhalten wegen des Eintrittes des Kantons in den Bund. Das sei für die heutige Mentalität symptomatisch.

Herr Schaffner bemerkt dazu, diese Leute sollten einmal studieren, wie der Kanton dastünde, wenn er sich an Italien oder Frankreich angeschlossen hätte. Kaum ein Kanton habe so viel profitiert vom Anschluss wie das Wallis (Agrarpreise, Industrialisierung etc.). Es sollte deshalb nicht schwer sein, diese Leute lächerlich zu machen.

Herr Chaudet findet diese Auswirkung von Zentrifugalkräften für unser Land bedenklich. Man müsse sich fragen, wie man die Eidgenossenschaft noch zusammenhalten könne, wenn sich diese Tendenzen des Auseinanderfallens noch weiter vermehren.

Postulat Reverdin vom 29. September 1964 und Motion Borel vom 18. September 1964

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass sich die Frage stelle, wer zu diesen parlamentarischen Vorstössen Stellung zu nehmen habe.

Herr Schaffner habe die Meinung vertreten, dass dies der Herr Bundespräsident tun sollte, weil die Frage mehrere Departemente betreffe. Er müsse feststellen, dass die Geschäfte nun lange Zeit zwischen den Departementen hin und her geschoben werden. Er könnte nun auch warten und erklären, er habe nichts dagegen, dass der nächste Bundespräsident antworte.

Herr Schaffner bedauert, dass wegen den Ueberschneidungen in der Zuständigkeit verschiedener Departemente dieses hin und her entstanden sei. Er könne die Beamten des FZD deswegen nicht tadeln. Was die beiden Parlamentarier hier betreiben sei Journalismus. Er schlage vor, dass das EVD die Antwort vorbereite als Einleitungskapitel des nächsten Geschäftsberichtes.

Herr Bonvin meint, man könne diese Vorstösse einbauen, wenn das FZD seinen Finanzplan auf weite Sicht unterbreite.

Der Herr Bundespräsident möchte wissen, wann man soweit sein werde.

Herr Bonvin antwortet, dass man den mittelfristigen Finanzplan gleichzeitig mit dem Budget unterbreiten werde.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass Herr Reverdin ein Postulat und Herr Borel eine Motion eingereicht hätten. Man könnte die beiden Aufträge zur Prüfung entgegennehmen, wobei Herr Borel einzuladen wäre, seine Motion, die nur ein Prüfungsauftrag enthalte, in ein Postulat umzuwandeln. Das FZD soll die Federrührung übernehmen und im Zusammenhang mit dem Budget die Entgegennahme zur Prüfung erklären. Dabei sei es klar, dass das FZD die Angelegenheiten mit den andern interessierten Departementen besprechen müsse.

* * *